

Rede zur Neuordnung des Länderfinanzausgleiches - mehr Finanzgerechtigkeit in Deutschland -



Manfred Groh, MdL

Abg. Manfred Groh CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit 1950 gibt es den Länderfinanzausgleich. Seit 1950 ist unser Land, ist Baden-Württemberg das einzige Bundesland, das immer in den Ausgleich einbezahlt hat bzw. als Geberland die Nehmerländer bei der Erfüllung ihrer Aufgaben finanziell unterstützt.

Seit über 60 Jahren hat sich der Länderfinanzausgleich durch die Rechtsprechung, vor allem aber durch die politischen Vorgaben bis fast zur Unkenntlichkeit verändert. 13 Bundesländer nehmen, drei geben. Eigentlich ist das Verhältnis 12 : 4, wenn man Hamburg mit derzeit gerade noch 80 Millionen € korrekterweise als Geberland hinzunimmt.

Dabei scheint die Ausgangslage recht einfach: Die Steuereinnahmen sollen auf der Ebene der Bundesländer so verteilt werden, dass in allen Ländern gleiche Lebensverhältnisse geschaffen werden können. Gleichzeitig ist aber bei dieser Einnahmeverteilung aufgrund des föderativen Systems auch klar vorgegeben, dass die Verwendung der Einnahmen einzig und allein Sache des jeweiligen Bundeslands ist.

Meine Damen und Herren, das ist bereits das erste ernsthafte Problem, mit dem wir uns im Weiteren auseinandersetzen müssen. Schon der gesunde Menschenverstand sagt uns, dass wir eine unbefriedigende Ausgangslage haben, weil der Länderfinanzausgleich in seiner jetzigen Ausprägung nicht nur kaum erklärbar ist, sondern auch inhaltlich größtes gesellschaftliches Unbehagen auslöst. Das ist keine Show, wie uns die SPD mit dem heute ebenfalls aufgerufenen Antrag weismachen will, sondern die Novellierung ist eine dringende Notwendigkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr richtig!)

Dieser gesellschaftliche Missmut kommt nämlich bei den Bürgerinnen und Bürgern stets dann auf, wenn Nehmerländer bessere – gemeint sind kostenlose – Leistungen anbieten, gar Wahlgeschenke auf Pump verteilen, die sich ein Geberland aus gebotener Verantwortung heraus nicht leisten kann.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Die SPD versucht mit ihrer Aussage „Show statt Substanz“, die Novellierung des Länderfinanzausgleichs als Wahlkampfgeplänkel herunterzuspielen. Es gilt zu handeln, und zwar jetzt und heute. Spätestens im Jahr 2020 muss ein neues System des Länderfinanzausgleichs stehen. Es nützt nämlich nichts, erst 2019 zu verhandeln. Herr Kretschmann, Sie haben bereits in der Plenarsitzung am 18. März 2009 gefordert, dass wir über den Länderfinanzausgleich – ich zitiere – „nicht erst im Herbst 2018 diskutieren, sondern jetzt“. Damit haben Sie ausnahmsweise einmal recht. Den SPD-Antrag vom 23. Dezember 2010 lehnen wir insoweit auch ab.

Angesichts der Ernsthaftigkeit dieser Diskussion macht es auch wenig Sinn, wenn der Regierende Bürgermeister von Berlin, Ihr SPD-Genosse Wowereit, Aussprüche tätigt wie „Arm, aber sexy“ oder „Man behandelt uns teilweise wie den letzten Dreck“. Mit diesen eher dümmlichen Aussagen macht er deutlich, dass er den Länderfinanzausgleich heute weniger denn je verstanden hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wer hat denn dem Länderfinanzausgleich zugestimmt? Sie haben zugestimmt!)

– Ja, ja, politisch. Das alles ist politisch.--

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist euer Länderfinanzausgleich! In der Föderalismuskommission war es genau das Gleiche! Das ist eurer!)

– Sie haben nachher das Wort. – Im Kern geht es aber um fehlende Leistungsanreize. Mehreinnahmen bei Geber- und Nehmerländern, insbesondere bei den kleineren Nehmerländern, werden durch das System in hohem Maß aufgezehrt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das System ist ein CDU-System!)

Bei den Geberländern fließt gleichfalls der größte Anteil der Steuereinnahmen ab.

Ein weiterer SPD-Genosse, Sigmar Gabriel, hat in einer Pressemitteilung vom 24. Januar 2011 dazu verlauten lassen:

Die drei Länder

– gemeint sind Bayern, Hessen und Baden-Württemberg –

versuchen, sich aus der innerstaatlichen Solidarität herauszuziehen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das stimmt nicht!)

Meine Damen und Herren, das Gegenteil ist der Fall, und das stimmt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Aber Solidarität darf keine Einbahnstraße sein.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist auch richtig!)

Solidarität bedeutet, einen fairen Ausgleich zwischen denen zu schaffen, die solidarisch Hilfe geben, und denen, die auf die solidarische Hilfe angewiesen sind. Ziel muss sein, dass ein künftiger Länderfinanzausgleich die Voraussetzungen dafür schafft, dass die Leistung empfangenden Länder

Schritt für Schritt aus ihrem Status als Nehmerländer herauskommen. Hierzu müssen wir geeignete Anreize entwickeln.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Ob und inwieweit solche Leistungsanreize indes überhaupt geschaffen werden können, muss angesichts der großen Zahl der am Verfahren beteiligten Bundesländer stark bezweifelt werden. Zurzeit sind 16 Bundesländer unterschiedlichster Ausprägung an der Steuerverteilung beteiligt, obwohl ihre finanzielle Leistungsfähigkeit zur Gewährleistung gleicher Lebensverhältnisse nie auf den Prüfstand gestellt wurde. Auch wurde nie geprüft, ob die einzelnen Länder überhaupt in der Lage sind, ihre Aufgaben aus eigener Kraft zu stemmen.

Das Grundgesetz spricht von einem angemessenen Ausgleich und nicht von einer Fehlbetragsfinanzierung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Die gestrigen Reaktionen im Landtag von Nordrhein-Westfalen zeigen aber, dass dies schwierig sein wird. Nordrhein-Westfalen, einst Geberland im Länderfinanzausgleich, ist bekanntermaßen zum Nehmerland geworden. Die dortige rot-grüne Regierung will offenbar diesen Status zementieren und zeigt keinerlei Einsparbemühungen mehr, wie ihr verfassungswidriger Haushalt mehr als deutlich aufzeigt. Daher ist es für die dortige rot-grüne Regierung unausweichlich, auch die Verhandlungsangebote unseres Ministerpräsidenten Mappus als Majestätsbeleidigung zu empfinden.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Aber Ruhesessel, Flachbildschirm und Stehlampen – das sind die Probleme, die die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen umtreiben und den Bund der Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen zur Verzweiflung bringen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jetzt wird es aber ganz tief! Das ist doch nicht Ihr Niveau, beim Länderfinanzausgleich über Stehlampen zu reden!)

– Das wird nicht ganz tief, sondern das wurde in der Presse verlautbart, und der Bund der Steuerzahler hat dies aufgegriffen. Das ist sehr wohl ein Niveau.

(Zurufe von der CDU: Der Bund der Steuerzahler! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Ich kann fortfahren und die Planungen von Ministerpräsident Beck in Rheinland-Pfalz anführen, Schulbusse kostenfrei zu machen und den Klassenteiler auf 24 zu senken. Meine Damen und Herren, bei 26 Schülern bedeutet dies zwei Klassen mit 13 Schülern.

Bremen verzichtet auf die Studiengebühren, und Brandenburg leistet sich ein Schüler-BAföG.

Ganz anders aber hier bei uns in Baden-Württemberg. Wir haben uns gestern mit dem Dritten Nachtrag zum Staatshaushaltsplan über ein umfangreiches Sparpaket unterhalten und dies auch umgesetzt. Anstatt dass sich beispielsweise Nordrhein-Westfalen ein solches Sparprogramm zu eigen macht, wird dort über den Luxus üppiger Büroausstattungen diskutiert und werden die Schulden für den Länderfinanzausgleich zu einem unüberwindbaren Hindernis gemacht.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Unglaublich!)

Bei den Krisenländern ist offensichtlich keine Besserung in Sicht.

Wie dem Jahresbericht 2011 des Rechnungshofs des Landes Rheinland-Pfalz zu entnehmen ist, sieht es dort noch viel schlimmer aus. Der Rechnungshof führt darin z. B. aus

– ich zitiere –:

Eine Trendwende ist nach der Haushalts-und Finanzplanung nicht in Sicht. Die im Kernhaushalt für 2011 veranschlagte Kreditaufnahme ist dreimal

– ich wiederhole: dreimal –

so hoch wie die des Jahres 2007. Selbst die für 2014 prognostizierte Neuverschuldung von mehr als 1,6 Milliarden €

– ich wiederhole, weil es sich um Rheinland-Pfalz handelt: 1,6 Milliarden € –

liegt weit über den Kreditaufnahmen der Vorkrisenjahre.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Lesen Sie doch einmal etwas über das Saarland oder Schleswig-Holstein vor!)

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg hat, zählt man alles zusammen, seit Anbeginn des Länderfinanzausgleichs fast 70 Milliarden € in dieses System eingezahlt. Dies ist eine unvorstellbare Summe. Rein rechnerisch könnten mit dieser Summe zwei komplette Haushaltsjahre von Baden-Württemberg ohne jedwede weitere Einnahme bestritten werden. Ich kann es auch anders ausdrücken: Wir hätten überhaupt keine Schulden.

Dies nur zur Veranschaulichung der Größenordnung und zum Verständnis für all diejenigen, die noch immer Zweifel an der Position von Baden-Württemberg hegen. Mehr gegebenenfalls in der zweiten Runde.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Stehlampen, Flachbildschirme! Das Niveau wird auf Kreistageebene abgesenkt!)